

## Auszug aus **Café Critique** bei **Context XXI**

(<http://contextxxi.org/kundgebung.html>)

erstellt am: 17. Oktober 2019

Datum dieses Beitrags: November 2003

# Kundgebung

## Niemals vergessen! Gegen Antisemitismus und Faschismus!

Die Pogrome rund um den 9. November 1938 waren nur die Höhepunkte eines von antisemitischen Ausschreitungen geprägten Jahres. Im Raubzug gegen ihre jüdischen NachbarInnen spielten die OstmärkerInnen eine Vorreiterrolle. Bereits vor der umjubelten Vereinigung Österreichs mit Nazideutschland am 12. März 1938 fanden Pogrome statt, die nach dem Anschluss durch „wilde“ Arisierungen ergänzt wurden. Dieser Fanatismus veranlasste sogar die zentralen Stellen zu Maßnahmen, um die Enteignung der Jüdinnen und Juden im gesamten NS-Reich in „ordentliche“ Bahnen zu lenken. Nachdem es im Oktober in Wien erneut zu Gewalttaten, Plünderungen und Brandstiftungen gekommen war, schien die Zeit in den Augen der Nazis reif für ein Vorgehen im gesamten Deutschen Reich. Der Pogrom im November 1938 übertraf die bisherige Barbarei, und die Blutorgie ließ für die Zukunft noch Schlimmeres erwarten. Er war die endgültige Enthemmung des antisemitischen Mobs und der Auftakt zum Massenmord. Die damalige „Ostmark“ und insbesondere Wien bildeten die Vorhut der Vernichtung.

### „Spontane“ Antwort der Bevölkerung

Die NSDAP-Propaganda versuchte, den Pogrom als „spontane“ Antwort der Bevölkerung auf den Tod des deutschen Diplomaten Ernst von Rath auszugeben. Der Nazi war am 7. November 1938 in Paris von einem 17jährigen Juden na-

mens Herschel Grynszpan niedergeschossen worden. Damit wollte dieser gegen die von der Reichsregierung verfügte Deportation tausender Jüdinnen und Juden nach Polen protestieren. Unter den Deportierten, die tagelang im Niemandsland zwischen Deutschland und Polen umherirrten, war auch sein Vater.

Der Beschluss zum Losschlagen wurde am Rande einer Feier zum Gedenken an den Putschversuch von 1923 in München gefasst. „Die SA soll sich mal austoben“, hat Hitler zu Goebbels gesagt. Der „Startschuss“ zum Pogrom wurde dann vom Propagandaminister gegeben. Alle, die in den letzten Wochen und Monaten von den Parteistellen und Gauleitungen wegen unkontrollierbaren und „wildem“ Arisierungen zur Ordnung gerufen wurden, durften nun endlich wieder zuschlagen. Die NS-Propaganda betonte die „berechtigte Empörung“, der Zorn der kochenden Volksseele würde das Attentat nun rächen. Der Begriff „Reichskristallnacht“ wurde von den Nazis geprägt. Der Name kokettiert mit dem „schaurig-schönen“ Widerschein des Feuers in den auf der Strasse liegenden Glasscherben und verharmlost die blutige Gewalt.

### „Arbeitsteilung“

Während die SA in Zivil gemeinsam mit Angehörigen der Hitlerjugend und anderen Parteiorganisationen jüdische Geschäfte und Wohnungen plünderte und zerstörte, ging die SS, ebenfalls in Zivilkleidung, gezielt gegen Funktionäre jüdischer Organisationen vor. Verhaftete Jüdinnen und Juden brachte man in Schulen, Gefängnisse und in die spanische Hofreitschule neben der Hof-

burg, zwang sie zu gymnastischen Übungen, ohne ihnen Nahrung zu geben und ließ sie aufrecht stehend schlafen. Einige Jüdinnen wurden gezwungen, sich zu entkleiden und zur Unterhaltung der Sturmtruppen sexuelle Handlungen mit Prostituierten auszuführen; andere mussten nackt tanzen. Ein Gestapo-Agent aus Wien berichtete später, dass er und seine Kameraden Schwierigkeiten gehabt hätten, die Menschenmenge davon abzuhalten, noch mehr Jüdinnen und Juden tödlich anzugreifen.

In Wien wurden insgesamt 42 Synagogen und Bethäuser meist durch Brände zerstört. 27 Juden wurden getötet und 88 schwer verletzt. 6.547 Jüdinnen und Juden wurden in Wien verhaftet, fast 4000 von ihnen wurden ins Konzentrationslager Dachau verschleppt. Tausende jüdische Geschäfte und Wohnungen wurden zerstört. 4.083 jüdische Geschäfte wurden gesperrt. Allein im „Kreis Wien I“ wurden 1.950 Wohnungen zwangsräumt. Hunderte Jüdinnen und Juden begingen darauf hin Selbstmord. Eine Rückgabe der enteigneten Wohnungen und Geschäfte nach 1945 fand praktisch nicht statt. Bis zum heutigen Tag profitieren die Nachkommen der TäterInnen in Wien und ganz Österreich von den Verbrechen, die damals ihren Anfang nahmen. Sei es durch den günstigen Mietvertrag, den die Großeltern 1939 erhielten, durch die arisierten Bilder der *Sammlung Leopold*, die nun im Museumsquartier Touristenströme anziehen, oder durch die Übernahme von Geschäften, Kinos oder Apotheken der zuvor deportierten BesitzerInnen.

## Solidarität mit den jüdischen Gemeinden! Solidarität mit Israel!

Es macht die Eigenart der Gesellschaft in den Nachfolgestaaten des Dritten Reichs aus, dass sie sich auf dem Boden der Resultate bewegt, die der Nationalsozialismus geschaffen hat. Zu diesen Resultaten gehört eine besonders innige Beziehung zum Staat, gestiftet durch das kollektiv beschwiegene Fundament von Massenmord und Vernichtungskrieg, die nach 1945 nirgendwo revolutionär geahndet wurden. In diesen Verbrechen hat sich die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung mit dem Staat zum Volksstaat vereinigt. Diese Vereinigung lebte öffentlich und privat gerade in der Verdrängung des Verbrechens fort und konstituierte das Bewusstsein der StaatsbürgerInnen. Dass der größten Vernichtung, die jemals vonstatten ging, der größte Reichtum entspringt, der jemals zu haben war, das war das eigentliche Wunder der Nachkriegszeit, das man mit dem Begriff des Wirtschaftswunders zu rationalisieren versuchte - schon deshalb, um nicht über die Grundlegung der Nachkriegswirtschaft in der nationalsozialistischen Raub- und Zwangsarbeit-ökonomie reden zu müssen.

Der für die österreichische postnationalsozialistische Gesellschaft charakteristische Antisemitismus tobt sich heute zunehmend im Hass auf den Staat der Shoah-Überlebenden aus. Der von Deutschen sowie ÖsterreicherInnen mit Begeisterung vom Zaun gebrochene Vernichtungsfeldzug gegen Polen und die Sowjetunion, der Beginn der totalen Vernichtung des europäischen Judentums im Herbst 1941 und die Flucht von vielen Jüdinnen und Juden waren die entscheidenden Ursachen für die Gründung Israels. Während der Zionismus in den 50 Jahren davor noch von vielen Jüdinnen und Juden abgelehnt wurde, da sie die Hoffnung auf Assimilierung nicht aufgaben oder ein Ende des Antisemitismus durch die revolutionäre Veränderung der Gesellschaft erkämpfen wollten, bestätigte der deutsch-österreichische Vernichtungswahn in grausamer Weise die Notwendigkeit eines jüdischen Staates.

Trotz widriger Umstände und gegen den erbitterten Widerstand Großbritan-

niens gelang Tausenden Opfern des NS-Terrors die Flucht nach Palästina. Nach der Staatsgründung Israels und der Nichtanerkennung des UN-Teilungsplanes durch die arabischen Nachbarstaaten begannen diese ihren ersten Krieg gegen den neuen Staat. In den 15-monatigen Kampfhandlungen ließen über 6000 Israelis, viele eben erst den nationalsozialistischen Todesmühlen entkommen, ihr Leben.

Israel ist seitdem Schutzmacht und Zuflucht für Jüdinnen und Juden weltweit. Selbst wenn, wie im 2. Weltkrieg, fast alle Länder dieser Erde ihre Grenzen nochmals für jüdische Flüchtlinge schließen sollten, mit Israel gibt es einen Ort, wo sie, solange die Möglichkeiten zur militärischen Selbstverteidigung gewährleistet sind, relativen Schutz vor antisemitischer Gewalt finden.

Der jüdische Staat ist 60 Jahre nach der Niederlage des Nationalsozialismus in Gefahr. Israel ist mit permanentem Terror im Rahmen der „Al-Aqsa-Intifada“ konfrontiert. Die von PalästinenserInnen durchgeführten Selbstmordattentate zielen einzig und allein darauf, möglichst viele Jüdinnen und Juden mit in den Tod zu reißen. Unterstützung finden diese dabei nicht nur bei anderen arabischen Regimes, die dem sich selbst als nationalen Befreiungskampf abfeiernden Vernichtungantisemitismus materiell und ideologisch unter die Arme greifen, sondern auch bei der EU und der UNO, in weiten Teilen der Antiglobalisierungs- und Friedensbewegung, sowie der Linken.

Mit der zunehmenden Bedrohung Israels und damit der Jüdinnen und Juden weltweit entsteht eine Art „globaler Intifada“: Antisemitismus tobt sich derzeit sowohl propagandistisch als auch praktisch am ungehemmtesten in einem Großteil der arabischen bzw. islamischen Staaten aus, aber auch von der Ukraine über Argentinien bis Frankreich und Deutschland kam es in den vergangenen Jahren zu Friedhofsschändungen, Brandstiftungen gegen Synagogen und tätlichen Angriffen gegen Jüdinnen und Juden. Jüdische Gemeinden erleben nun in der ganzen Welt Zustände, die in Österreich und Deutschland seit langem traurige Realität sind: gewalttätige Übergriffe und die ständige Präsenz von Sicherheit-

skräften vor Synagogen, Schulen und kulturellen Einrichtungen. Im ersten Halbjahr 2003 wurden in Österreich 108 antisemitische Vorfälle (Übergriffe, Drohungen, Schmierereien usw.) gemeldet, das sind um 71% mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Der antisemitische Mob agiert auch heute nicht im luftleeren Raum: Die politischen Eliten aus ÖVP und FPÖ verweigern der *Israelitischen Kultusgemeinde (IKG)* jene finanziellen Mittel, die zum Schutz der jüdischen Einrichtungen benötigt würden. Wie überhaupt die FPÖVP-Regierung mit ihrer Weigerung, das Überleben der jüdischen Gemeinden in Österreich zu garantieren, das Feld bereitet, auf dem sich der Mob dann austobt. Den jüdischen Gemeinden wird eine auch nur teilweise Entschädigung für das zerstörte und geraubte Eigentum immer noch vorenthalten. Ihre VertreterInnen werden zu BittstellerInnen degradiert. Die Linke hat zu diesem Skandal größtenteils geschwiegen. Anstatt der Solidarität mit den in ihrer Existenz bedrohten jüdischen Gemeinden Ausdruck zu verleihen, demonstriert sie lieber mit den FeindInnen Israels. Zuletzt am 27. 9., als eine fast 1000-köpfige Hetzmasse zum dritten Jahrestag der Intifada in Wien den islamistischen Selbstmordterror abfeierte. Mit dabei Hannes Swoboda (SPÖ), der im europäischen Parlament an führender Stelle die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur zweckwidrigen Verwendung von EU-Geldern seitens der palästinensischen Autonomiebehörde verhinderte. So kann nicht geklärt werden, ob und in welchem Ausmaß die EU den Selbstmordterror und das korrupte Arafat-Regime finanziert(e).

Das antizionistische Bündnis aus Mob und Eliten erfährt auch seinen medialen Flankenschutz: In fast allen Medienberichten dominiert eine parteiische Darstellung des Nahostkonfliktes, die immer wieder auch von antisemitischen Stereotypen geprägt ist. Verschärft wurde das antiisraelische und antisemitische Sperrfeuer anlässlich der alliierten Befreiung des Irak vom faschistischen Regime Saddam Husseins. Heute wird nicht mehr nur in Neonazi-Blättern über den „jüdischen“ Hintergrund der US-Administration und die

„Israel-Lobby“, welche die US-Politik bestimme, spekuliert.

Das Gedenken an die Reichspogromnacht vor 65 Jahren muss die Verteidigung der letzten noch sichtbaren Resultate der deutsch-österreichischen Schuld an Shoah und Vernichtungskrieg beinhalten, so es nicht zu einer folgenlosen Historisierung der damaligen Ereignisse kommen soll. Heute wird in vielfältiger Weise in Österreich und Deutschland versucht, die Folgen der Niederlage des Nationalsozialismus von 1945 zum Verschwinden zu bringen und die deutsch-österreichischen Verbrechen zu relativieren. Nach der deutschen Wiedervereinigung, der Au-

flösung der Roten Armee und der Zerschlagung Jugoslawiens richten sich die deutsch-österreichischen Begehrlichkeiten gegen Tschechien, Polen und das ehemalige Jugoslawien. AntifaschistInnen dürfen zu diesem Revisionismus und Revanchismus nicht schweigen. Die aktuelle, erpresserische Politik gegen die Republik Tschechien in der Frage der Benesdekrete muss ebenso bekämpft werden wie jede Form der Delegitimierung des israelischen Staates.

In der Zirkusgasse 22 stand bis zu ihrer Zerstörung und Plünderung durch den Nazi-Mob am 10. November 1938 die Synagoge der seit 1736

bestehenden türkisch-jüdischen Gemeinde, auch „Türkischer Tempel“ genannt. Sie wurde im maurischen Stil zwischen 1885 und 1887 nach den Plänen des Architekten Hugo von Weidenfeld erbaut. Als Vorbild diente die Alhambra, worin sich das Andenken an die ehemalige spanische Heimat der Sepharden äußerte. Die Synagoge verfügte über 424 Sitz- und 250 Stehplätze und war in der Ersten Republik vor allem als Wirkstätte des Oberkantors Isidor Lewit von Bedeutung. 1988 wurde eine von der Stadt Wien gestiftete Gedenktafel am Ort der zerstörten Synagoge angebracht.